



## Schuldenfreier Haushalt!

Die Vorschläge von AUF Witten

Interview mit Ratsmitglied Achim Czulwick

Liebe Leserin, lieber Leser,

im Stadthaushalt wachsen die Schulden schneller als die Einnahmen. Das Minus bei den Steuereinnahmen 2009 beträgt ein Zehnfaches der durch "Konsolidierung" erreichten Einsparungen. 366 Millionen € Schulden, 38 Prozent mehr als der gesamte Haushalt 2010! Die Investitionen in diesem Jahr betragen mit 8,5 Millionen € schon deutlich weniger als die Zinszahlungen von über 13 Millionen €.

Dennoch erweckt das Gemeindeprüfungsamt als Landesbehörde den Eindruck, mit rund 14 Millionen € Einsparungen pro Jahr könne eine Umkehr in der Verschuldung erreicht werden. Angesichts des Defizits von 54 Millionen € allein im Jahre 2010 eine **pure Illusion**. In Wahrheit würden so nur die Kreditzinsen aufgebracht. Natürlich gibt es berechtigte Kritik an der Verschwendung öffentlicher Gelder in Witten.

**Doch die eigentliche Ursache der fort-**



**schreitenden Verschuldung** ist das **System der kommunalen Finanzierung**.

Wir sprachen darüber mit Achim Czulwick, der AUF Witten im Rat vertritt.

### Kehrtwende um 180°?

? *Es sieht so aus, als würden sich verschiedene Bürgermeister gegen die Verschuldung ihrer Kommunen wehren und einen Ausweg aus der Verschuldungskrise suchen?*

**Achim Czulwick (A.C.):** Die Verschuldung der Stadt lässt keinen Bürgermeister kalt. Das ist aber keine Garantie dafür, dass die Verwaltungschefs eine **Kehrtwende um 180 Grad machen werden**. Eine Niederschlagung der Schulden wird abgelehnt. Mit der Einrichtung des so genannten **Entschul-**

### Inhalt

1 - 3	Schuldenfreier Haushalt
4/5	Das meint der Leser
6/7	Umwelt
8/9	Stadtwerke am Scheideweg
10	Hartz IV – Debatte
11	CDU und Courage
12	Kolumne

**dungs-Fonds** werden die Schulden für zehn Jahre auf einem anderen Konto geparkt und sollen danach dennoch bezahlt werden. Dabei sind heute schon die Kredite mehr als vier Mal zurückbezahlt worden.

? *Warum soll an der Verschuldung nichts geändert werden?*

**A.C.:** Das zeigt ein Blick auf die Zahlen. 2010 erhalten die Banken 76 Milliarden € nur an Zinsen. Darauf wollen sie nicht verzichten. Wir beobachten, nicht nur in Witten, wie eine kontinuierliche Aufzehrung des städtischen Eigenkapitals stattfindet. Das bedeutet eine systematische Umwandlung von Eigenkapital in Fremdkapital. **Oder anders ausgedrückt: eine Überführung des städtischen Eigentums in Bankeigentum.** Daher die drastischen Verschlechterungen aller kommunalen Leistungen, ob Kindergarten, Schule, Bildung, Kultur, Infrastruktur oder Versorgung. Die Banken wollen ihre Zinsen, koste es was es wolle. Die kommunale Daseinsvorsorge wird damit in Frage gestellt.

### "Sparen" ohne Tabu?

? *Was ist von der Ankündigung der Politik "Sparen ohne Tabu?" zu erwarten?*

**A.C.:** Ein Tabubruch wäre es, würden die Schulden niedergeschlagen. Aber das ist gegen alle kapitalistische Logik. Hier hat sich der Mensch der Rendite unterzuordnen. Es wird also nicht ohne Tabu gespart, sondern im Gegenteil mit dem Tabu, dass das Finanzkapital nicht angestastet werden darf.



## Fortsetzung von Seite 1

Die von der Landesregierung für das Jahr 2011 angekündigte Zins-Hilfe für die Kommunen "in dreistelliger Millionenhöhe" ist typisch für diese Politik. Das ist nicht nur ein Almosen, das an der Verschuldung nichts ändert. Es soll den Kommunen helfen, ihre Kreditzinsen aufzubringen. Sollten diese Gelder überhaupt fließen, werden sie mit Sicherheit an "Spar"-Auflagen gebunden sein.

Gesetze und Verordnungen stellen sicher, dass das "Sparen" dem Finanzkapital dient. Nach § 122 und § 125 der Gemeindeordnung NRW kann die zuständige Aufsichtsbehörde Ratsbeschlüsse aufheben und Stadträte auflösen, wenn diese sich nicht an die Vorgaben halten.

Die **politische Drangsalierung der Kommunen** wird sich also noch verstärken. Die sogenannte kommunale Selbstverwaltung ist in eine offene Krise geraten.

## Ein harter Kampf

*? Was also ist zu tun?*

**A.C.:** *AUF Witten* hat dagegen die Niederschlagung der Schulden verlangt (siehe dazu unseren Antrag, veröffentlicht unter [www.auf-witten.de](http://www.auf-witten.de)). Das wird ein harter Kampf.

Wenn nach der Landtagswahl am 9. Mai die Stadtverwaltung in Witten ihre Streichliste bekannt gibt, wird *AUF Witten* mithelfen, die Gegenwehr zu organisieren. In anderen Bundesländern ist das schon Realität.

So hat sich in Hamburg angesichts sinkender Reallöhne und zunehmender Arbeitslosigkeit ein vielfältiger Protest organisiert gegen die Erhöhung des Elternanteils zur Kinderbetreuung von derzeit 17,1 Prozent auf 23 Prozent.

## Altes Denken überwinden

*? Was steht bei AUF Witten angesichts dessen in der nächsten Zeit an?*

**A.C.:** Wir können sicher sein, dass die Menschen besonders empfindlich reagieren, wenn in ihrer unmittelbaren Umgebung auch das letzte Schwimmbad, das Sportstadion, Versammlungssäle zerstört oder verkauft werden, wenn Musikschulen, Kindergärten und Schulen geschlossen werden, wenn dennoch Gebühren erheblich angehoben werden und trotzdem die ganze Stadt vergammelt.

**Dazu muss jeder bereit sein, eingefahrene Denkmuster zu überwinden.** Wer will, dass ein lebenswertes Umfeld in den Kommunen Wirklichkeit wird, muss den Kampf dafür aufnehmen. *"Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern!"*

Wir werden tatkräftig mithelfen bei der Organisation des Widerstands gegen weitere Kürzungen und Angriffe auf die Lebenslage der Bevölkerung und die Belegschaft in der Verwaltung. Personalabbau würde die Probleme der Stadt nur vergrößern.

Und dann werden wir weiter Schritt für Schritt und unermüdlich an der Verwirklichung unserer positiven Vorschläge arbeiten. Dazu gehören Bewegungen von unten aus der Bevölkerung heraus und vor allem von Jugendlichen, dazu gehört auch, Bündnisse im Rat zu aktuellen Fragen einzugehen, um im Sinne unseres Ziels eines schuldenfreien Haushaltes im Interesse der Wittener Einwohner weiterzukommen.

*Vielen Dank*



## Umverteilung oder ...

*wie die Kommunen von Bund und Land belastet werden*

Die Steuergesetzgebung der letzten schwarz-roten Bundesregierung ab 2005 bringt den Kommunen bis zum Jahr 2013 einen Einnahmeverlust von knapp 20 Milliarden €.

Schon die ersten Steuersenkungen der jetzigen schwarz-gelben Regierung seit Anfang 2010 führen zu jährlichen Einnahmeverlusten von 1,6 Milliarden € bei den Kommunen. Die CDU-FDP-Regierung in NRW belastet die Kommunen alleine im Jahr 2010 durch Kürzungen und neue Aufgaben mit zusätzlich 375 Millionen €.

Vor allem Großunternehmen zahlen nicht nur keine Steuern mehr, sondern erhielten für zurückliegende Jahre massive Erstattungen. So verbuchen manche Konzerne höhere Gewinnsteigerungen nach als vor Steuern.

## Privatisierung oder ...

*wie alles teurer wird.*

Nach (Teil-) Verkauf von Stadtwerken und anderen kommunalen Unternehmen sind die Kassen leerer und die Schulden höher als vorher.

**Beispiel Berliner Wasserbetriebe BWB:** Hier erhöhen RWE und Veolia die Preise auf europäische Rekordhöhe.

**Beispiel Solingen und Kiel:** Nach "Gewinnung" eines "strategischen Partners" für die kommunalen Stadtwerke hat dieser vor allem für sich selbst gesorgt, Arbeitsplätze abgebaut und Dienstleistungen an eigene Tochterfirmen vergeben.

**Beispiel Dresden:** Nach Verkauf von 48.000 kommunalen Wohnungen explodieren die Mieten, die Schulden wachsen dennoch weiter.

Die Unterordnung kommunaler Aufgaben unter das Gewinnstreben von Privatunternehmen ist eine Sackgasse!

# Ein Haushalt für die Stadt Witten: Perspektive für die Jugend, umweltgerecht und schuldenfrei

## Neuverteilung von Einnahmen und Belastungen zwischen Bund, Land und Stadt

Jahrzehntlang haben Bund und Land der Stadt die Einnahmen gekürzt, sich aus der kommunalen Finanzierung herausgezogen und der Stadt neue Belastungen auferlegt.

Diese Umverteilung muss gestoppt werden. Die Stadt braucht eine Finanzierung, die ihr die Erfüllung ihrer komplexen Aufgaben ermöglicht.

Seit Jahren erfolgen nur Lippenbekenntnisse der wechselnden Bundes- und Landesregierungen, getan wurde das Gegenteil.

Schluss mit dem Theater, dass sich Politiker derselben Partei auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene gegenseitig die Verantwortung zuweisen.

## Zinsmoratorium und Schuldenniederschlagung

Ohne Zinszahlungen stünden der Stadt Witten jährlich etwa 13 Millionen € für dringend anstehende Investitionen zur Verfügung. Teure Kreditneuaufnahmen zur Finanzierung der Zinsen wie bisher würden entfallen.

Witten kann die rund 366 Millionen € Schulden wohl kaum zurückzahlen. Was auf Kosten örtlicher Entscheidungen geht (Celestianbau, Luxushaltestelle, sinnlose Gutachten über Stadtwerkefusion und Vermögensschäden durch fehlende und unzureichende Bauaufsicht ...), ist von den örtlichen Entscheidungsträgern zu verantworten. Das werden einige Millionen sein.

Der Hauptbetrag dagegen ist Folge der Politik von Bund und Land. Deshalb sollte

das Land z.B. als Gesamtschuldner mit den Banken eine Schuldenniederschlagung verhandeln, wie bei einer Insolvenz, um einen Neuanfang zu ermöglichen.

## Ausbildungsquote von zehn-Prozent in Stadtverwaltung und Eigenbetrieben

Für die Zukunft der Jugend muss die Stadt vorangehen. Durch die Einnahmen aus dem Zinsmoratorium könnten neue Stellen durch Reduzierung der Arbeitszeit z.B. auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohnausgleich geschaffen werden, so dass neue Azubis auch dauerhaft übernommen werden könnten.

Damit verbessert sich der Service in der Stadt, es wird weniger an Sozialtransferleistungen benötigt, der Stadthaushalt entlastet und das Kaufkraftvolumen in der Stadt gestärkt.

Die Durchsetzung dieser schon lange zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit gewerkschaftlich aufgestellten Forderung wäre umso leichter, wenn sie vom Gesetzgeber in Form eines gesetzlichen 6-Stundentages beschlossen würde.

## Bau zweier Kryo-Recycling-Anlagen und einer IMK-Anlage zur vollständigen Kreislaufwirtschaft

Die tiefkühltechnische Aufbereitung (*Kryorecycling*) von Kunststoffen, Gummi und Metallen ermöglicht die sortenreine und hochwertige Rückgewinnung der eingesetzten Rohstoffe und würde sich aufgrund der erzielbaren Preise selbst tragen. Es wäre nicht nur ein Beitrag zum Umweltschutz, sondern es würden auch neue Arbeitsplätze geschaffen. Das Verfahren ist ausgereift, kann aber nur gegen die Interessen der großen Entsorgerkonzerne verwirklicht werden, die Monopolverträge mit den Kommunen in Milliardenhöhe geschlossen haben.

Als Ergänzung dazu soll zur bereits bestehenden Verwertung von Papier und Glas auch das IMK-

Verfahren (*integrierte Methanisierung und Kompostierung*) in Witten eingeführt werden, mit dem auch der Biomüll energieerzeugend verwertet werden kann. Damit wäre ein totaler Wertstoffkreislauf möglich, Witten würde an bundespolitischer Bedeutung gewinnen.

(unsere Anträge dazu sind nachzulesen unter [www.auf-witten.de](http://www.auf-witten.de) – weitere Infos auch unter [www.total-recycling.org](http://www.total-recycling.org))

## Keine Privatisierung öffentlichen Eigentums

Das Interesse privater Unternehmer an einer guten Ertragsbilanz und das Interesse der Menschen an preisgünstigen und qualitativen Leistungen ist nicht vereinbar. Stadteigene Betriebe sind hier eindeutig leistungsfähiger, haben einen besseren Service und können auch mehr Mitarbeiter und Auszubildende beschäftigen.

Wie das Negativ-Beispiel Stadtwerke zeigt, fehlt es oftmals an einer transparenten Preisgestaltung, an einer parteiunabhängigen Personalführung und -entwicklung. Hindernisse in der öffentlichen Kontrolle und Privilegien in der Führungsetage und beim Betriebsrat müssen abgeschafft werden.

## Auflistung des Investitionsbedarfs an Schulen, Straßen...

Momentan fehlt nicht nur der Überblick, sondern auch eine genaue Planung, aus der die Wittener entnehmen können, was, wie und wann gemacht werden soll.

Damit ist weder eine Einbeziehung der Bürger möglich, noch eine wirksame Kontrolle.

## Demokratie im Rat

Besonders wichtig ist es uns, wie demokratisch und transparent es im Rat zugeht. Deshalb kritisieren wir die Methode interfraktioneller Kungeleien, mit denen einzelne Ratsmitglieder ausgeschlossen werden.

Wir fordern den Zugang zu allen die Öffentlichkeit betreffenden Entscheidungen.

Wir beanspruchen genügend Vorbereitungszeit für Beschlussvorlagen und Anträge.



# Das meint der Leser

(Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.)



## Erfahrungen

Im *Erwerbslosenforum.de* gibt es Rat, Beistand, Hilfe, wie man sich wehrt. Sehr empfehlenswert dort -in dieser Umgebung Ruhrgebiet- ist "Manni" im Erwerbslosenforum.de

Mein Kampf geht weiter. Ich wünschte, die Zeit, das Kleingeld, die Nerven zu haben, bei Euch aktiv zu werden.

Ich muss mich hier erstmal mühseligst aus der Scheiße kämpfen: weiter Hartz-IV-zwangsverordnung für "eventuelle spätere Jobagentur-Programme" (ist für mich samt Sohn indiskutabel, ich bin geschädigt genug.)

Bitte Verständnis für Menschen in Hartz IV, sie sind schwach und kämpfen ums nackte Überleben und um eine ordentliche Arbeit.

Ich werde nur schikaniert in der Jobagentur deswegen. Ich werde meine Erfahrungen an andere -wie man sich wehrt- weitergeben, auch bei Euch!

Man ist ja fast "Staatsfeind" hier, in ordentliche, vorhandene Arbeit zu wollen, das wird schon bekämpft. Ich soll mit Gewalt arm bleiben, damit die Transferkohle NUR zur Jobagentur fließt. Nicht mit mir.

Es gibt nur den Ausgang raus: raus aus Hartz. In Hartz kann man gar nichts, nur über's billige Internet eben. Mir fehlt alles, Fahrgeld, Zeit...auf die Strasse zu gehen ... alles, mein Sohn wohnungslos, er braucht Hilfe, ich unterstütze ihn mit Lebensmitteln...

Das *Erwerbslosenforum.de* hilft online, ist rasch, preiswert auch, Beistände zu organisieren, dagegen mit Rechtsmitteln vorzugehen.

**Bitte weitersagen!**

**Name der Redaktion bekannt**

## Wohltätigkeitsindustrie

Nachfolgende Kurzkomentare haben wir in einem Internetforum entdeckt

"Die *Quabed* ist ein kirchliches Unternehmen, sie setzt Menschen, die in Not sind unter Druck, im Namen der Jobagentur! Nur damit ihr Bescheid wisst, so finanziert sie sich selber, weil sie vom Staat dafür Geld bekommt, dass sie Menschen durch Maßnahmen quält, die sie gar nicht brauchen (auch Zwangsmassnahmen genannt), also bitte überdenkt noch einmal, ob das der Sinn der Kirchen ist, Menschen in Angst zu versetzen!"

"Speziell bei *Diakonie* und *Caritas* sollen zudem häufig examinierte Pflegekräfte als 1-Euro-Jobber tätig sein, die 1-2 Jahre zuvor dort noch ganz regulär bezahlt worden sein sollen."

"Gleiches soll für weitere Mitarbeiter solcher kirchlichen Einrichtungen gelten, z.B. Reinigungskräfte, Hilfskräfte, Verwaltungsleute usw. Die *Diakonie* hat um Verständnis für die Inanspruchnahme der Hartz IV-Mittel gebeten und dies mit zurückgehenden Kirchensteuereinnahmen entschuldigt. Hallo!?"



"Erwähnt werden muss, dass die Träger solcher 'Maßnahmen' pro zugewiesenem ALG-II-Empfänger einen Betrag von monatlich 300 Euro erhalten. Das rechnet sich dann für die Wittener Träger, wie *WABE*, *Quabed*, *VHS*, etc.!"

"Wer kontrolliert eigentlich, ob die *WABE* nur gemeinnützig arbeitet? Die Stadt Witten? Diese ganze Kungelei stinkt zum Himmel!"

"Es ist beschämend für unseren Staat, dass bereits junge Menschen, arbeitswillig und mit einer Berufsausbildung, auf staatliche Unterstützung angewiesen sind und in eine ungewisse Zukunft starten müssen."



"Geht mal an das Grundübel politisch ran, wodurch gibt es Arbeitslosigkeit? Wer ist dafür weltweit verantwortlich? Dann kommt man auch auf Lösungen, wenn man dann will."

## Solidarität organisieren

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

hiermit übersenden wir Euch die neuesten Informationen des **Solikreises Conti-Kolleginnen und Kollegen** und bitten um Eure Solidarität für Anne Goemann.

**Immer mehr Kollegen über Conti hinaus wenden sich an den Solikreis, die von politischer Kündigung, politischer Maßregelung oder krankheitsbedingter Kündigung betroffen sind. ...**



Am 28.5.2010 ist die Berufungsverhandlung für Andreas Kossack vor dem Landesarbeitsgericht in Hamm.

**Die Kolleginnen und Kollegen brauchen unsere Solidarität und Unterstützung.**

Wer einen von uns angreift, greift alle an. Solidarität ist unsere Stärke. Über Eure Unterstützung und Solidarität freuen wir uns.

Herzliche Grüße!

[www.conti-solidarität.info](http://www.conti-solidarität.info)

[helga.d.h@t-online.de](mailto:helga.d.h@t-online.de)

Tel: 0231/679428

**Helga Dolezyk-Hechler**

## Das meint der Leser - Fortsetzung von Seite 4

### Worüber man sich so aufregt ...

Im lokalen Anzeigenblatt *witten aktuell* kommentierte der Chefredakteur Thomas S. den Vorgang, dass die Oberfinanzdirektion Münster der Firma *HP Pelzer Chemie* Steuern in zweistelliger Millio-nenhöhe erlassen hat. Wenn ich ihn richtig verstanden habe, monierte er, dass hier mit zweierlei Maß gemessen würde.

Daraufhin sah sich der Betriebsratsvor-sitzende Peter K. genötigt, einen Leser-brief zu schreiben „Sie sind nicht infor-miert“. Ungewollt schrieb er damit weni-ger etwas zum Sinn und Unsinn unseres Steuersystems, sondern mehr etwas über sich selbst.



Angesichts des überheblichen und herablassenden Tons des Leserbriefs frage ich mich, wo blieb diese Angriffs-lust und Unbekümmertheit, die er einem lokalen Chefredakteur gegenüber an den Tag legt, gegenüber seinen Arbeitgebern angesichts der jahrelangen Vergiftungen der Pelzerbelegschaft?

Haben wir nicht in *Witten im AUFbruch* zahlreiche Artikel, Korres-pondenzen und Berichte einschließlich Bilder veröffentlicht, die einen skanda-lösen Umgang mit der Gesundheit von Chemiarbeitern belegen? (im Internet unter [www.auf-witten.de/Umwelt](http://www.auf-witten.de/Umwelt) unter *Themenschwerpunkte „Dokumen-tation zu HP Pelzer Chemie“*)

Nicht nur die unmittelbar den Chemi-kalien ausgesetzten Kollegen sind betroffen – es darf doch niemand glauben, dass die hochtoxischen Dämpfe

und Lösungsmittel innerhalb der Betriebsmauern bleiben.

Mittlerweile sind aus der von uns schwerpunktmäßig kritisierten Produk-tionshalle mehr als die Hälfte der damals beschäftigten Kollegen überwiegend an Krebs gestorben, viele haben noch ernsthaft mit Folgewirkungen zu tun.

Keine Frage, jeder der bei Pelzer beschäftigt ist, braucht das Geld und wir von *AUF Witten* setzen uns ohne Wenn und Aber für den Kampf um jeden Arbeitsplatz bei Pelzer ein.

Doch wenn Gesundheit und Leben gefährdet sind, und das seit Jahrzehnten, muss schleunigst Abhilfe getroffen werden. Solche Zustände, die nur aus der Profitgier der Betreiber und auf Kosten der Allgemeinheit aufrechterhalten werden, dürfen nicht auch noch mit Subventionen gedeckt und unterstützt werden.

**Was zählt mehr: der Profit oder das Leben?**

Romeo Frey, Witten

### Solidarität mit dem Frauenverband Courage

**Am 29. März 2010 verabschiedeten die Teilnehmer an der Montagsdemo Witten, die unter anderem gegen das Armutsgesetz Hartz IV protes-tiert, folgende Solidaritätserklärung:**

Die Teilnehmer der Montagsdemon-stration in Witten am heutigen Tag wollen dem Frauenverband Courage ihre Solida-rität ausdrücken.

Wir haben öffentlich am offenen Mik-rofon gegen die Versuche der CDU Stel-lung genommen, den *Frauenverband Courage* zu diskriminieren und mundtot zu machen.

Wir fragen uns, ist dies auch eine Reak-tion darauf, dass die Umfragewerte der CDU in NRW für die Landtagswahlen ständig abnehmen?

Der *Frauenverband Courage* setzt sich für die Rechte der Frauen weltweit ein. Außerdem machen sich die Courage-Frauen große Sorgen um eine gute Schul- und Berufsausbildung ihrer Kin-der, damit sie eine Anstellung finden, von der sie leben können.



Ein Transparent vom bundeswei-ten frauenpolitischen Ratschlag, den Courage e.V. unterstützt

Dass man nicht, wie jetzt schon be-schlossen wird, Jugendoffiziere in Schu-len und Berufsschulen, an Ausbildungs-plätze und Arbeitsämter schickt, um sie für den Militärdienst anzuwerben. Dass die Kinder anschließend in fremde Län-der in den Krieg geschickt werden, um deren Rohstoffe auszuplündern, zum Wohle des Kapitalismus. Das hatten wir doch schon mal im letzten Weltkrieg bei den Nazis.

Warum kehrt die CDU nicht zuallererst vor der eigenen Tür? Wie z.B. die Spon-sorenaffäre Rüttgers, die Krankenversi-cherung mit Kopfpauschale, den Arz-neimittelwucher der Pharmaindustrie, die maroden Atomkraftwerke und deren Abfallbeseitigung usw.

Und nicht, wie geschehen, mit einer 17-Punkte-Liste an den Wittener Stadtrat Warnungen vor der angeblichen „Ver-fassungsfeindlichkeit“ des Frauenver-bandes Courage in die Welt zu setzen.

**Ein Interview mit dem *Frauenver-band Courage* finden Sie auf Seite 11.**

**Was Teilnehmer der Montagsdemo zu Ihren Motiven und Zielen sagen auf Seite 10.**

# Biomassekraftwerk für EN-Kreis

## Neues Umweltkonzept oder Gewinninteressen?

von René Schlüter, Sprecher im Vorstand von *AUF Witten* und Mitglied der Umwelt AG

Ende Februar diesen Jahres berichteten die hiesigen Tageszeitungen über Planungen des Kreises für ein Biomassekraftwerk, eine Anlage, bei der aus dem anfallendem Biomüll des EN-Kreises von jährlich ca. 24.000 Tonnen Gas und Strom für bis zu 1.600 Haushalte produziert werden soll.

Die anfallenden Reste sollen als Kompost oder Flüssigdünger verwendet werden. Den Bau dieser Anlage wollen die Wittener Stadtwerke nach ausstehender Abstimmung im EN-Kreis gemeinsam mit einem Investor übernehmen. Von den zu erwartenden Kosten von ungefähr zwölf Millionen Euro möchten die Stadtwerke Witten selbst ein Drittel finanzieren. Mit Hilfe dieses Projektes soll der bisher praktizierte Transport des Biomülls nach Lünen und zur holländischen Grenze, der noch bis Mitte 2012 vertraglich geregelt ist, entfallen. Der Bau der Anlage soll europaweit ausgeschrieben werden.



### Kritische Fragen

Zu allererst stellt sich die Frage, warum der Kreis bzw. unsere Kommune diese Planungen nicht sofort mit einem Ansatz eines **zukunftsfähigen Umwelt-Konzeptes** wie zum Beispiel dem Bau einer **Kryo-Recyclinganlage** und der Einführung einer **Kreislaufwirtschaft** verbindet?

Außerdem ist es auffällig, dass der Wittener Rat den von *AUF Witten* eingebrachten Antrag vom 4.4. 2008 zum Bau einer ganz ähnlichen IMK-Anlage in Witten rundheraus ablehnte, um sich nun mittels der städtischen Tochter Stadtwerke um den Bau eines Biomassekraftwerkes zu bewerben. Hier scheint schon mehr politisches Kalkül als echtes Umweltinteresse die Meinungen zu prägen.

### Privater Investor?

Desweiteren wirft die Verbindung der Stadtwerke mit einem Investor aus Energie- oder Entsorgungswirtschaft viele Fragen auf.

In wieweit lassen sich zum Beispiel ökologische Interessen und Gewinnziel des privaten Betreibers unter einen Hut bringen?

Wie sollen die Biomülltransportkosten und der dadurch bedingte Energiebedarf bei freier Platzwahl durch den Investor gesenkt werden?

Wie interessiert sind Energie- und Entsorgungsunternehmen wirklich an Konkurrenz zu den von ihnen ebenfalls betriebenen Kohle- oder Atomkraftwerken und Müllverbrennungsanlagen?

Wieso führt der Bau des Biomasse-

kraftwerkes trotz Energieproduktion und niedrigeren Transportkosten nach Aussage des Leiters des Fachbereiches Bau und Umwelt **nicht** zu niedrigeren Müllgebühren für die Bürger?

Gerade anhand der letzt genannten Frage wird der wahre Beweggrund der Planungen überdeutlich. Als Begründung für diese Aussage dienen nämlich die Kosten für den Bau der Anlage.

### Nur Stückwerk

Es ist also davon auszugehen, dass die Bürger Wittens bzw. des EN-Kreises die Kosten für den Bau durch gleichbleibende oder sogar höhere Müllgebühren und, weil die Wittener Stadtwerke ja auch vier Millionen Euro investieren wollen, höhere Gebühren für Leistungen der Stadtwerke zu großen Teilen finanzieren sollen, während der vor allem durch die Energieproduktion zu erwartende Gewinn allein den Stadtwerken und vor allem dem Investor zu gute kommt.

Außerdem will die Kreisverwaltung erst im Sommer 2010 die Planungen für ein Kraftwerk, das nach europaweiter Ausschreibung und ca. zweijähriger Bauzeit angeblich schon im Sommer 2012 den Biomüll des EN-Kreises aufnehmen soll, vom Kreistag beschließen lassen.

Das riecht insgesamt mehr nach gewinnorientiertem Stückwerk, als nach langfristigem Umweltinteresse.



IMK (Integrierte Methanisierung und Kompostierung) Anlage Herten

Wer sich näher informieren will:

[auf-witten.de/phocadownload/Stadtrat/Antraege/2008antrgestadtratachimcylwck.pdf](http://auf-witten.de/phocadownload/Stadtrat/Antraege/2008antrgestadtratachimcylwck.pdf) (Antrag zur IMK-Anlage in Witten)

## Baustopp Kohlekraftwerk?

**Bundesverwaltungsgericht Leipzig stoppt endgültig den Bebauungsplan 105 wegen grober Fehler und erklärt ihn für rechtswidrig**

von Ruth Schlüter, Mitglied im Vorstand von *AUF Witten*, Umwelt-Stammtisch

Jahrelang hat der Energieriese *e.on* bauen lassen, ohne sich um den Widerstand gegen das geplante Kohlekraftwerk in Datteln zu kümmern. Jetzt müsste eigentlich das fast fertige Bauwerk abgerissen werden. Die NRW-Regierung kommt jedoch auf die Idee und ändert lieber nachträglich das Landesentwicklungsgesetz, um das KKW doch zu Ende bauen zu lassen. Danach wird vom Dattelner Rat einfach ein neuer Bebauungsplan (jetzt 105a statt 105) aufgestellt.

Der Rat entschied sich, obwohl es vorher eine große Mehrheit in den einzelnen Parteien gegen den Plan gab, mit 23 zu 16 Stimmen für den neuen Bebauungsplan. Als Gegenleistung lässt man sich das neue Bebauungsplanverfahren von *e.on* bezahlen, auf die Anwohner in nur 600 Meter Entfernung dieses KKW wird jedoch weiterhin keine Rücksicht genommen.



## Neubaupläne für Kohlekraftwerke



## Vor Ort aktiv werden

Aber es ist ja leichter, sich einfach etwas solange zurecht zu biegen, bis es eventuell passt, als sich darüber Gedanken zu machen, wie man jetzt schon mit den vorhandenen Möglichkeiten die Umwelt schon und das Leben auch der nächsten und aller noch folgenden Generationen lebenswert erhält.

Man sollte jetzt nicht meinen, was wollen die eigentlich von mir, es ist doch in Datteln und nicht in Witten. Aber nur zur Erinnerung: Die Stadtwerke Witten sind beteiligt am Trianel-KKW in Lünen, welches zwar noch im Bau ist, aber auch dort regt sich der Widerstand und es sind Klagen anhängig. Somit betrifft dieses Thema auch die Wittener.

Zur Diskussion solcher und ähnlicher Themen gibt es hier in Witten einen **Umwelt-Stammtisch**, der sich regelmäßig alle zwei Monate zusammenfindet

## Resümee und Ausblick

Wenn unsere regierenden Politiker so schnell auf Probleme der energieproduzierenden Industrie reagieren können, ist es dann tragbar, dass gleichzeitig bei akuter Gesundheitsgefährdung der Allgemeinheit die uns sehr wohl bekannte Taktik des Aussitzens verfolgt wird?

Ein gutes Beispiel wäre hier das Forschungsatomüllendlager Asse 2.

Bei dem dort gelagertem, unterschiedlich stark radioaktiv verseuchtem Müll ist es fünf vor zwölf, denn er kann jederzeit ins Grundwasser und in die Umwelt gelangen und diese somit vergiften bzw. verseuchen. Aber hier wird erst mal so getan, als hätte man noch 20 Jahre Zeit.

## Lehrstück Demokratie

Ist das Demokratie, wenn man vom Gericht die Rote Karte bekommt und einfach das Landesentwicklungsgesetz ändert anstatt es zu akzeptieren?

Wo für gibt es dann eigentlich noch Verwaltungsgerichte? Oder haben *e.on* bzw. die Bundes- oder NRW-Regierung Angst, dass überhaupt keine neuen KKW mehr gebaut werden können, da es nicht nur in Datteln, sondern auch noch an 22 anderen Kraftwerk-Standorten Probleme verschiedener Art gibt?

## Chancen nutzen

Dabei hat man doch jetzt endlich die Möglichkeit, vermehrt auf erneuerbare Energien zu setzen, anstatt die alten KKW durch neue zu ersetzen und weiterhin große Mengen des Klimagases Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) auszustoßen.

Mit erneuerbaren Energien wie z. B. Solar-, Wind-, Wasser bzw. IMK-Anlagen (mit Abfall aus der Biotonne betrieben, nicht mit extra dafür angebautem Gemüse wie z.B. Mais) hat man jetzt die Möglichkeit, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu verringern und etwas für den Umweltschutz zu tun.

## Bilanz der Geschäfts- und Personalpolitik der Stadtwerke:

# Überparteiliche Kontrolle muss her

Von Romeo Frey – Sprecher im Vorstand von AUF Witten

Mit der Wahl des neuen Geschäftsführers Uwe Träris ist keine Rede mehr von der *"bedenklichen wirtschaftlichen Schieflage"*, in der sich die Stadtwerke laut Gutachten der WIKOM befinden. AUF Witten hatte dies schon im August 2007 veröffentlicht, worauf auch die Lokalpresse reagieren musste.

Doch jetzt spricht keiner mehr darüber, im Gegenteil: wenn ein Bewerber um den Posten des Geschäftsführers dies bei seiner Bewerbung offen anspricht, wie geschehen, lässt ihn der Aufsichtsrat einfach durchfallen, wie wir aus sicherer Quelle wissen.



## Angst vor Gesundung

Die Stadtwerke ein Sanierungsfall, so stellte sich dieser Mitbewerber um den vakanten Geschäftsführerposten bei den Stadtwerken Witten im Aufsichtsrat vor.

Als sach- und fachkompetente langjährige Führungspersönlichkeit aus der Energiewirtschaft mit technischem und kaufmännischem Studienabschluss war ihm klar, wovon er spricht.

Doch mit seiner drastischen Einschätzung hat er sich zu eindeutig für **eine dringend erforderliche Neuaufstellung der Stadtwerke Witten** positioniert. Das war für die Mehrheit der Aufsichtsratsmitglieder so schockierend, dass sie ihn aus Sorge um liebgewonnene Privilegien und fehlende Qualifikationen durchfallen ließ.

## Personalpolitik zum Privilegienerhalt

In der vom Aufsichtsrat seit **zwei Jahrzehnten praktizierten Personalpolitik** insbesondere bei der Auswahl der Ge-

schäftsführung wird ein durchgängiges Prinzip sichtbar: **die Sicherung von Privilegien und persönlichen Vorteilen eines kleinen und ausgewählten Personenkreises.**

Allein wie Dieter t.E. als Geschäftsführer in Amt und Würden kam, ist aufschlussreich. Er führte die Stadtwerke von 1993 bis zu seinem Aufstieg zur AVU 2004 und wird in mehreren Veröffentlichungen und Dokumenten, die uns vorliegen, für die Fehlentwicklung bei der Stadtwerken verantwortlich gemacht.

Mitte Dezember 1992 wird der damalige technische Geschäftsführer Siegfried O. zur Aufgabe bewegt, er verlässt das Unternehmen unter Weiterführung seiner Bezüge zum April 1993 auf bis heute noch ungeklärte Weise, obwohl ihm noch im September 1992 der Vertrag verlängert worden war.

Der zum 1.1.1993 lediglich als Kaufmännischer Geschäftsführer engagierte Dieter t.E. wird ab April 1993 durch das plötzliche Ausscheiden von Siegfried O. zum **Alleingeschäftsführer** der Stadtwerke Witten. Dazu erhält er auch noch die Stelle des Werkleiters im Eigenbetrieb

ESW (Entwässerung Stadt Witten) mit entsprechender Vergütung. Als Ausgleich dafür, dass er nicht höhergruppiert werden konnte, weil Siegfried O. ja noch weiterbezahlt werden musste? Welche Rolle spielte dabei sein SPD-Parteibuch?

Die uns vorliegenden Vorwürfe an die Führung des Dieter t.E. beinhalten nicht nur politische und persönliche Verflechtungen und Abhängigkeiten, sondern auch Personalführungsdefizite durch gezieltes Mobbing, Demontage und Unterdrückung fähiger Führungsangestellter, Denunziationen, Einstellungen ohne allgemein übliche Ausschreibung und Qualitätsabgleich aus dem "Freundeskreis" und Förderung bzw. Besetzung von Führungspositionen nach Beziehung.

Damit erfolgten unter zunehmend schwierigeren Marktbedingungen **Weichenstellungen, die das Unternehmen Stadtwerke immer mehr ins Hintertreffen geraten ließen**, während zunehmend Kunden abwanderten.

Der Wittener Gebührenzahler muss für Inkompetenz und ungerechtfertigte Privilegien der Führungsetage im Vergleich zu anderen Energieanbietern überhöhte Energie- und Wassertarife bezahlen, was wir in vielen Artikeln dargelegt haben.

Die Wahl der folgenden Geschäftsführerin Frau Marlies M. im Jahre 2003 war eine "Notlösung", weil ein bereits gewählter Kandidat wieder abgesprungen ist und sie offenbar als jemand eingeschätzt wurde, der alles beim Alten lässt und niemandem auf die Füße tritt. Jetzt bezieht sie von den Stadtwerken ein ordentliches Übergangsgeld.

Die nächste "Übergangslösung" erfolgte mit der Wahl des Rentners und ehemaligen Vorstands der Stadtwerke Herne, ebenfalls sehr kurzfristig, obwohl schon lange vorher klar war, dass Frau M. nicht mehr verlängert würde.





## Aufsichtsrat ist Teil des Problems

Hauptverantwortlich sind die von SPD, CDU, Grünen und FDP in den jeweiligen Aufsichtsrat entsandten Ratsmitglieder. Durch **fehlendes Pflichtbewusstsein und mangelnde Wahrnehmung ihrer Kontrollfunktion** wurden Missstände und Misswirtschaft begünstigt und zustimmend geduldet. Der ehemalige Bürgermeister Lohmann sowie die derzeitige Bürgermeisterin Leidemann erwiesen sich mit der Aufgabe als **Vorsitzende(r) des Aufsichtsrates als überfordert und inkompetent**.

Um alle Mitglieder des Aufsichtsrates in die geübte **Praxis des Wegschauens und Schweigens** einzubinden, gab es *Informationsreisen* z.B. zur EXPO 2000, eine geschlossene Teilnahme an Verbandstagen mit angenehmen Begleitprogrammen sowie mehrtägige Arbeitstagen in Sport- und Wellnesshotels oder die allseits geliebten Ausflugsfahrten mit der MS Schwalbe auf der Ruhr.

**Gesprächsrunden unmittelbar vor Aufsichtsratssitzungen** zwischen Arbeitnehmervertretern, den in den jeweiligen Aufsichtsräten vertretenen SPD-Ratsmitgliedern und der Geschäftsführung wurden zur gängigen Praxis. In diesen wurden die Tagesordnung sowie die Gewährung außergewöhnlicher Vergütungen und Leistungen an gewisse Angestellte einvernehmlich abgestimmt.

So gelangten auch einzelne Mitglieder des Betriebsrates in Positionen mit überzogenen Vergütungen. Im *AUFbruch* Nr.

1/2009 hatten wir dazu provokant die Frage nach einem *System VW* bei den Stadtwerken Witten gestellt – bis heute unwidersprochen.

Bei VW erfolgten bekanntlich unangemessene Vergütungen und Leistungen an Betriebsratsmitglieder mit der Gegenleistung in Form wohlwollender Zustimmung zu Entscheidungen im Sinne der Unternehmensführung.

## Geheimhaltung

Im Jahre 2005 gelangten *AUF Witten Unregelmäßigkeiten in den Geschäftsbilanzen* der Stadtwerke mit zweifelhaften Aufwandsbeträgen, Spenden und unter "Sonstiges" verbuchte Millionen-summen zur Kenntnis.

Laut Aufsichtsratsvorlagen erfolgten **unangemessene Höhergruppierungen und Vergütungen** an gewisse Angestellte, ohne dass die Voraussetzungen dafür vorlagen. Der als einfacher Sachbearbeiter bei den Stadtwerken tätige SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas R. erhält so rund 60.000 € pro Jahr.

Um derartige Veröffentlichungen zu vermeiden, wird jedes einzelne Blatt von Aufsichtsratsvorlagen durch die Geschäftsführung mit einer personenbezogenen Kennzeichnung versehen. Man scheut das Licht der Öffentlichkeit. **Doch haben die Wittener nicht das Recht, Einblick in die Unterlagen ihrer Stadtwerke zu erhalten? Eigentlich ist das doch öffentliches Eigentum!** Mit dieser Methode werden Aufsichtsratsmitglieder, die sich noch einen Rest von Moral bewahrt haben, zur Geheimhaltung von Unrecht verpflichtet und im Falle, dass sie

sich nicht daran halten, mit möglichen Sanktionen bedroht.

## Was zu tun ist

Mit dieser fragwürdigen Unternehmenskultur kann sich der neue Geschäftsführer nicht abfinden, wenn er was bewegen will. Wie werden sich gewisse Angestellte ihm gegenüber verhalten, wenn ihre Privilegien bedroht sind? Frau M. ist daran gescheitert.

Ohne wirkungsvolle Unterstützung der Aufsichtsrats-Vorsitzenden, Bürgermeisterin Leidemann, sowie engagierten politischen Vertretern im Aufsichtsrat wird es auch dem Neuen nicht anders ergehen.

Deshalb ist ein **überparteiliches bzw. gruppierungsübergreifendes Zusammenwirken** von engagierten und fachkompetenten Mitgliedern des Aufsichtsrates unter Einbeziehung gleichgesinnter Ratsmitglieder unerlässlich und längst überfällig. Unser Ratsmitglied Achim Czulwick ist hierzu jederzeit bereit.

Dem neuen Geschäftsführer sind umfassend und offen die vorhandenen Missstände, bedenklichen Unregelmäßigkeiten sowie Unternehmens- und Personalführungsprobleme aufzuzeigen sowie die nachhaltige Unterstützung und Bereitschaft zur gemeinsamen Abstimmung zu gewährleisten.

Schließlich geht es hier ausschließlich um das Allgemeinvermögen der Wittener Bürgerinnen und Bürger. Und nicht um den persönlichen Vorteil gewisser Angestellter der Stadtwerke oder um Partei-klüngel.

**Ein pflicht- und ordnungsgemäßer Umgang mit dem Allgemeinvermögen Stadtwerke ist die einzige Methode, um die Stadtwerke als kostengünstigen Dienstleister mit hoher Qualität und attraktiven Arbeits- und Ausbildungsplätzen zu erhalten. Solche Stadtwerke sind unverzichtbar und jedem Privatunternehmen überlegen.**

Dafür wird sich *AUF Witten* weiter einsetzen, die Aussichten auf Erfolg sind nicht so schlecht, ist doch nach Insider-Informationen "ein gewisser Personenkreis merklich vorsichtiger geworden".

**Dokumentation Stadtwerke im AUFbruch im Internet unter:**

<http://www.auf-witten.de/stadtwerke-witten/dokumentation-zu-den-stadtwerken>



# Hartz IV-Debatte

Die von Außenminister und FDP-Chef Guido Westerwelle losgetretene Debatte um Hartz IV und *"Leistung muss sich wieder lohnen"* hat offensichtlich nicht zu dem von ihm gewünschten Erfolg geführt, in der Wählergunst Boden gut zu machen. Im Gegenteil.

Das Rechenbeispiel einer verheirateten Kellnerin mit 2 Kindern, die angeblich rund 200 € weniger verdiene, als wenn sie Hartz IV bezöge, war eine **bewusste Fälschung**: Kindergeld und Wohngeld wurden einfach weggelassen. Korrekterweise hätte sie 200 € mehr, obwohl sie im Niedriglohnbereich arbeitet. Das liegt an der Systematik des SGB X, wonach grundsätzlich durch das Berechnungsverfahren gewährleistet wird, dass Hartz IV-Empfänger mindestens 200 € weniger haben, als wenn sie arbeiten gingen. Das gilt auch für sogenannte Aufstocker. **Das Problem liegt nicht im Missbrauch von Hartz IV, wie Westerwelle demagogisch weismachen will, sondern in den zu niedrigen Löhnen**: Diese sind eine direkte Folge der



Hartz-Gesetze, mit ihnen wurde ein staatlich organisierter Niedriglohnbereich geschaffen, der das allgemeine Lohnniveau in Deutschland drastisch um bis zu 30 Prozent abgesenkt hat. Wir befragten zu dem Thema verschiedene Teilnehmer an der Montagsdemonstration.

## Was halten Sie von Leiharbeit und Zeitarbeitsfirmen?



Da sagte man damals, das sollte Arbeitslose schnell in Jobs bringen. Nur: Wenn ich Arbeitgeber wäre, und ich kriegte drei Leiharbeiter, für'n Drittel des Preises, den ein fest Angestellter kostet, dann ist der fest Angestellte draußen. Und so haben die Arbeitgeber auch verfahren. Die werden weiter so verfahren. Wer was anderes glaubt, ist naiv

oder sonst was.

## Was erwarten Sie von den Gewerkschaften bezüglich Hartz IV?

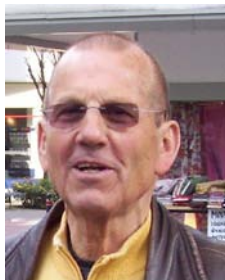
Die sind nicht in der Lage, das Volk zu mobilisieren, solange sie diese Spaltungstendenzen, die wir in der Gesellschaft ja haben, genauso fortführen wie das Kapital. Eigentlich müssten die



Gewerkschaften den Protest unterstützen. Millionen sind in Kurzarbeit mit Genehmigung der Gewerkschaft. Kurzarbeit heißt nichts anderes, als dass unsere Sozialkassen geplündert werden zu Gunsten des Kapitals, damit man die Leute nicht entlassen muss. Damit sind die Gewerkschaften dann einverstanden. Die Unternehmer brauchen keine Sozialabgaben mehr zu zahlen, der Arbeitnehmer zahlt doppelt.

## Noch etwas, was die Gewerkschaften machen sollen?

Also wie ich das sehe, kümmern sich die Gewerkschaften nur um ihre Mitglieder, weil die Beiträge davon kassieren und die Arbeitslosen sind abgeschrieben. Sie sollten sich aber um alle kümmern, das gibt ja wieder Arbeit und Beitragszahler. Und mit Streiks und Kundgebungen muss man das Volk mobilisieren, sonst gibt das nichts. Vor allem sollten die Gewerkschaften auch mal an die Rentner denken. Da höre ich überhaupt nichts, seit Jahren gar nichts.



## Wäre Nachbesserung von Hartz IV, z.B. durch Erhöhung vom Grundbetrag eine Lösung?

Nein, für mich ist es keine Lösung. Es gibt nur eine Alternative und die heißt: Hartz IV weg! – Und dann versuchen, für jeden passende Arbeit zu finden. Wir müssen auch auf die 30-Stundenwoche zurückgehen, das wären Möglichkeiten. Die Gewerkschaften sind ja jetzt schon zugange mit den neuen Tarifverträgen, die Arbeit zu reduzieren, aber leider nicht beim Lohnausgleich. Die Arbeitszeit müsste reduziert werden bei vollem Lohnausgleich. Dann käme Hartz IV auch weg, dann wäre auch alles in Arbeit.

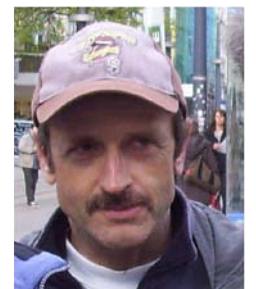
## Warum die Forderung „Hartz IV muss weg“?

Weil Hartz IV ein **Armutsgesetz** ist. Die Leute können gar nicht mehr leben, die wissen nicht mehr ein und aus, die müssen mit den letzten paar Kröten am Ende des Monats gucken, dass sie überhaupt noch was zu Essen bekommen. Also dieses Gesetz muss weg und dafür kämpfen wir, bis es weg ist und **wenn es noch zehn Jahre sind**, was wir zwar nicht hoffen, aber wir kämpfen weiter.



## Was hält die Menschen davon ab, gegen Hartz IV auf die Straße zu gehen?

Die sind so schüchtern, oder möchten sich nicht bloß stellen vor den anderen, obwohl es ja mittlerweile feststeht, dass wir in Witten zehntausend Hartz IV-Geschädigte haben. Warum die Leute nicht kommen, ist ihr Geheimnis.





## CDU-Frauenpolitik:

# Courage nicht erwünscht

In unserer letzten Ausgabe stellten wir dem Frauenverband Courage Witten eine Seite für einen Gastbeitrag zur Verfügung. Anlass war der Internationale Frauentag am 8. März, zu dem Courage mit dem Motto aufrief "Frauen mit Mut tut gut!". Das ging der örtlichen CDU wohl zu weit, mit 16 (!) Fragen wollte CDU-Fraktionsvorsitzender Klaus Noske, früher Mitglied in der SPD und beruflich als Kreispolizeichef tätig, von der Stadtverwaltung unter anderem wissen, ob sie von der "verfassungsfeindlichen Ausrichtung" des Frauenverbandes gewusst habe. Wir fragten nach bei Dorith Barth, Mitglied im Ortsvorstand von Courage Witten e.V.

(Das nebenstehende Bild zeigt Dorith Barth bei einer Solidaritätskundgebung am 25. März 2003 für den Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze bei Vogt Witten, den Courage mit viel Einsatz unterstützt hat)

## Erste Reaktion

*? Wie war Eure Reaktion, als ihr von der CDU-Anfrage erfahren habt?*

**Dorith Barth (DB):** Wir waren echt verblüfft über diese Aktion von Herrn Noske. Überfallartig riefen Reporter der Lokalpresse bei unserer Pressesprecherin an und konfrontierten sie mit dem Fragenkatalog von Herrn Noske.

Wir hatten keine Ahnung, wovon die Rede war und was dieses Hexentreiben zu bedeuten hatte. Zuerst haben wir dann mal im Internet nach diesen Fragen gesucht, die an die Bürgermeisterin gerichtet waren, auf der Website der CDU Witten wurden wir fündig.

In der Couragegruppe herrschte allgemeines Kopfschütteln. "linksradikal" und "verfassungsfeindlich" sollten wir sein? Wieder musste uns das Internet erst einmal die Begriffserklärung liefern – aber wir sind weder verummmt, noch rufen wir zum Umsturz auf oder setzten Autos in Brand oder so. Wir machen einfach unseren Mund auf, wo "Frau" was zu sagen hat – und das steht uns in der Demokratie auch zu.

*? Wofür setzt sich Courage denn ein?*

**DB:** Ich nenne als Beispiel einige Forderungen: qualifizierte und kostenlose Gesundheitsversorgung für alle, ausreichende Möglichkeiten von Ganztagsbetreuung der Kinder vom Säuglingsalter an, kleinere Schulklassen, genügend und gut ausgebildete Lehrer und Erzieher, existenzsichernde Vollarbeitsplätze, 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als Regelarbeitszeit von Montag bis Freitag, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Herabsetzung des Rentenalters, gesetzliche Mindestrente, die zu einem menschenwürdigen Leben reicht unab-

hängig vom persönlichen Arbeitslebenslauf, höhere Lebensqualität auf dem Niveau des gesellschaftlichen Fortschritts, für die Befreiung der Frau und eine lebenswerte Zukunft.

Wenn das linksextremistisch ist, befinden wir uns in guter Gesellschaft mit dem größten Teil der Bevölkerung.“

## Rücken gestärkt

*? Welches Echo habt ihr bekommen?*

**DB:** Es gab innerhalb der Couragegruppe auch Skepsis, wie in Witten die Hetzkampagne von Herrn Noske wirken würde. Aber in Witten ziehen sich die Leute die Hose nicht mit der Kneifzange an, schon die ersten Leserbriefe zeigten das deutlich. Wir haben viele solidarische, freundliche und aufmunternde Worte zu hören bekommen und das hat uns riesig gefreut und den Rücken gestärkt. Auch die Bürgermeisterin hat ja dann ganz sachlich den Blick auf die Tatsachen gerichtet und dem "Fragenkatalog" und der Attacke von Herrn Noske eine Abfuhr erteilt

## Überparteilich

*? Ihr sagt, dass Courage überparteilich ist. Was versteht ihr darunter?*

**DB:** Der Frauenverband Courage ist nicht einer Partei angeschlossen, wie das landläufig üblich ist. In unserem Frauenverband kann jede Frau mitmachen, die unser Programm und das Statut richtig findet und einen monatlichen Mitgliedsbeitrag von 2 Euro zahlt.

Bevor Courage vor 19 Jahren gegründet wurde, gab es nur parteigebundene Frauenorganisationen. Es war aber an der Zeit, parteiübergreifend mit allen

interessierten Frauen die Fragen um die Gleichberechtigung und Fraueninteressen in die Hand zu nehmen. Wir verlangen von keiner Frau vor dem Eintritt in den Frauenverband eine Auskunft darüber, ob und in welcher Partei sie ist, genauso wenig interessiert uns eine Religionszugehörigkeit oder so.

*? Ein weiteres Courage-Prinzip ist die "Finanzielle Unabhängigkeit"?*

**DB:** Immer wieder wird das Märchen bemüht, der Frauenverband Courage würde von der MLPD (*Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands*) finanziert. Wir werden von überhaupt keiner Partei finanziert. Auch wenn das manchem nicht vorstellbar ist – das ist so.

Klar, wir haben kein weiches Polster, wenn etwas angeschafft oder eine Veranstaltung durchgeführt werden soll. Wir gehen nirgendwo hin und lassen uns dafür die Kosten erstatten. Sie haben uns sicher schon manches Mal in der Stadt gesehen – wir bieten Kuchen oder Waffeln gegen Spenden an, so finanzieren wir uns. Und durch Mitgliedsbeiträge und uneigennützigte Spenden von Unterstützern. Damit machen wir natürlich keine großen Sprünge, aber so kann uns auch niemand Vorschriften machen, was wir sagen oder tun – und das ist unser größter Trumpf.

Auch in diesem Jahr haben wir vor, viele Spenden zu sammeln. Wir wollen wieder einer Frau aus Indien die Anreise zum internationalen Frauenpolitischen Ratschlag ermöglichen, der im Oktober stattfinden wird. Vor 2 Jahren haben wir da eine überwältigende Unterstützung in der Bevölkerung und auch von Wittener Unternehmern erlebt und wir würden uns freuen, wenn wir auch dieses Jahr wieder darauf zählen dürften.

**Vielen Dank!**

# Verantwortung statt Ignoranz!

von Gregor Duve, Mitglied im Vorstand von *AUF Witten*

Verehrte Bürgerinnen und Bürger!

Wollen wir weiterhin zulassen, dass uns Politik und Wirtschaft langsam aber sicher aushöhlen? Dass sie uns einschüchtern, damit wir widerstandslos schlucken und für richtig befinden, was sie beschließen und verabschieden, z.B. die überdimensionale Verschuldung von Bund, Ländern und Kommunen? Die vielen Steuergeschenke an Wirtschafts- und Finanzmonopole, erkaufte mit Einschränkungen und Verschlechterungen sozialer Aufgabenbereiche wie Erziehung, Bildung und Weiterbildung unserer Jugend? Die Einsparungen im Gesundheitswesen und steigende Eigenkosten in der Altenbetreuung? Die weltweiten Militäreinsätze und jährlichen Steuerverschwendungen in Milliardenhöhe? Die Fortführung der Hartz IV Reform und eine verantwortungslose Umweltpolitik?

Wollen wir uns den Zwängen der Schwarz-Gelben Regierung bedingungslos unterordnen?

Wollen wir uns mit den Machenschaften von Wirtschaft und Wirtschaftsmonopolen, wie der Untergrabung der Tarifautonomie, der Fortführung von Leih- und Zeitarbeit sowie der Ausbreitung des Billiglohnssektors und Verlängerung der Wochenarbeitszeit ohne Lohnausgleich einfach abfinden?

Wenn wir nicht bald anfangen zu reagieren, nicht hinter verschlossenen Türen oder im stillen Kämmerlein, sondern mit einer wachsenden Protestbewegung auf der Straße, wird uns über kurz oder lang dieses Schicksal ereilen.

Frankreich zeigt uns, wie man das anstellt, ganze Landstriche und Infrastruktur werden lahmgelegt, wenn es um die

Zukunft der Menschen geht, Solidarität wird groß geschrieben.

Die Ohren und Augen verschließen, den Kopf einziehen, ist die verkehrte Reaktion. Frei von der Leber weg reden, seinem Unmut freien Lauf lassen, ist eine Reaktion, die Wirkung hat.

Eine geeignete Plattform für Proteste in unserer Stadt ist z.B. die **Montagsdemonstration**. Je größer eine solche Protestbewegung ist und wird, umso mehr **Einfluss** und **Wirkung** hat sie letztendlich.

Deshalb möchte ich jeden einladen, sich unserer **Montagsdemo** auf dem **Berliner Platz** anzuschließen. Ignoranz ist Dummheit, seine Meinung sagen ist Verantwortung. Unsere Lebensqualität auf unserem Planeten ist einzigartig und unwiderruflich. Dafür sollten wir kämpfen.

Schließlich sind wir es auch unseren Nachkommen schuldig, keine Altlasten und Neuverschuldungen zu hinterlassen.

Die Versprechungen von Politik und Wirtschaft sind Heucheleien und dienen nur ihrem Wohlergehen und dem Erhalt ihrer egoistischen Ziele. Dagegen haben wir es selbst in der Hand, etwas zu verändern, *AUF Witten* als **überparteiliches Personenwahlbündnis** kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

Nicht nur mit Informationen über Hintergründe und Zusammenhänge, sondern auch als Sprachrohr im Rat und tatkräftiger Unterstützer von Bürgerbewegungen vor Ort.

Wir sollten nicht vergessen, wenn wir gemeinsam kämpfen, ist unsere Macht größer, als die Macht von Politik und Wirtschaft, denn wir sind die produzierenden Kräfte, wir sind das Volk.



## ► Die nächsten Termine von *AUF Witten* – kommen Sie doch mit dazu! ◀

**Dienstag, 25. Mai 2010:** 19 Uhr  
Umweltstammtisch, Ratskeller

**Dienstag, 22. Juni 2010:** 19 Uhr  
Ratsteam \*)

**Sonntag, 06. Juni 2010:** 11 - 14 Uhr  
Öffentl. Mitgliederversammlung  
Hotel Specht, Westfalenstr. 104, Witten-Annen

**Sonntag, 27. Juni 2010:** 14 Uhr  
Sommerfest, Grillhäuschen Hohenstein

**Montag, 07. Juni 2010:** 18.30 Uhr  
Umwelt- AG \*)

**Dienstag, 06. Juli 2010:** 19 Uhr  
Umweltstammtisch, Ratskeller

**Samstag, 19. Juni 2010:** 11 - 13 Uhr  
Infostand, Berliner Platz

**Montag, 09. August 2010:** 18.30 Uhr  
Umwelt- AG \*)

**Dienstag, 17. August 2010:** 19 Uhr  
Ratsteam \*)

\*) Ort erfragen bei Romeo Frey – siehe unten

**Impressum: presserechtlich verantwortlich sowie Informationen zur Arbeit von *AUF Witten*:**

Romeo Frey • Bebbelsdorf 43 • 58454 Witten ☎ 02302 / 81953 • eMail [info@auf-witten.de](mailto:info@auf-witten.de)

Spendenkonto: Nr. 665 224 • Sparkasse Witten • BLZ 452 500 35

Besuchen Sie uns auch im Internet unter: [www.auf-witten.de](http://www.auf-witten.de)